Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2,70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2,30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0,15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . 0,10 DM
Stellengesuche . . . . . 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 267 | Halver, Mittwoch, den 15. November | 1950

Das Recht muß wieder seinen Platz einnehmen

Bundestag protestiert gegen Auslieferungen

Flaggenrechtgesetz verabschiedet — Debatte über Europaratsbeschlüsse verschoben

wl. Bonn, 14. November

Im Einvernehmen mit der Bundesregierung und mit sämtlichen Parteien wurde in der 101. Sitzung des Bundestages am Dienstag die Beratung des interfraktionellen Antrages auf eine Stellungnahme des Parlaments zu den Straßburger Entschlüssen des Europarats von der Tagesordnung abgesetzt. Sie soll in der Bundestagssitzung am kommenden Donnerstag behandelt werden.

Stattdessen trat das Haus in die Besprechung der von allen großen Parteien eingebrachten Interpellation ein, die von der Bundesregierung eine Stellungnahme zu den in letzter Zeit wiederholt vorgenommenen Auslieferungen deutscher Staatsangehöriger und den wieder drohenden Hinrichtungen von Deutschen durch die Besatzungsmächte fordert.

Für die Interpellanten wies der Abgeordnete Höfler (CDU/CSU) auf die Tatsache hin, daß erst am 25. Oktober durch britische Dienststellen eine Auslieferung an Polen erfolgt sei und auch danach noch mehrere Auslieferungen von Deutschen in der amerikanischen Besatzungszone an Frankreich vorgenommen wurden. Es gehe nicht um die einzelnen Personen, deren eventuelle Vergehen selbstverständlich nach Recht und Gewissen nach den Gesetzen des Landes abgeurteilt werden müßten, sondern es gehe allein um das Recht. In Polen sei das Recht aber keinesfalls gewahrt. Wer dorthin ausgeliefert werde, trete den Gang zum Galgen an. Der Bundestag protestierte mit allem Nachdruck gegen derartige unverständliche Maßnahmen, insbesondere auch gegen die Vollstreckung von Todesurteilen, die sich auf fragwürdige Indizien stützten. Was nütze der Weg Westdeutschlands nach Straßburg und damit in die europäische Gemeinschaft, wenn nicht endlich in diesen Dingen Ordnung geschaffen werde und das Recht wieder an seinen Platz trete. Die Bundesregierung solle diese einhellige Meinung des Bundestages den Alliierten zur Kenntnis bringen und eine Aenderung ihres Verhaltens erwirken.

Bundesjustizminister Dr. Dehler teilte den Standpunkt der Parteien in vollem Umfange. Die Bundesregierung sei schon seit langem bemüht, die Alliierten zu veranlassen, daß in allen noch schwebenden Verfahren und Fragen nach deutschem Recht entschieden werde. Sie verweise dabei immer wieder auf die doch so sehr gewünschte europäische Zusammenarbeit, mit der die geschilderten Verhältnisse aber nicht zu vereinbaren seien. Sie werde auch weiter nichts unversucht lassen, um eine Aufhebung des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 zu erreichen, auf das man sich stütze und das in der Auslieferungsfrage ein Vorbehaltsrecht der Besatzungsmächte festgesetzes, der die Auslieferung von Deutschen an lege. Hiernach wäre der Artikel 16 des Grund- das Ausland untersagt, für die Besatzungsmächte nicht verpflichtend. Die gleichen intensiven Bemühungen der Bundesregierung erstreckten sich auf eine Verhinderung der zu befüchtenden Hinrichtungen in Dachau und Landsberg.

Es handele sich hier um 28 Fälle, im Auslande um noch dreißig Fälle. Die Bundesregierung sehe in einer Vollstreckung der Todesurteile, die vor vier bis fünf Jahren ausgesprochen wurden und sich fast alle auf nicht einwandfreie Beweise stützten, eine unmenschliche Handlung. Auch die zur Zeit laufenden Ueberprüfungsmaßnahmen könnten wegen ihrer einseitigen Durchführung nicht anerkannt werden. Die Bundesregierung werde mit ihen protestierenden Vorstellungen bei der Hohen Kommission gegen jede Vollstreckung eines Todesurteils, die nach dem Grundgesetz ebenfalls nicht zulässig sei, nicht nachlassen.

Auf Vorschlag des Verkehrsausschusses beschloß der Bundestag, das Bundesverkehrsministerium zu ersuchen, im Rahmen der Gesamtplanung des Ministeriums die bislang nicht erfolgte Wiederherstellung der Eisenbahnbrücken Höxter—Corvey und bei Nienburg sowie der Straßenbrücken bei Hameln und Hessisch-Oldendorf zu berücksichtigen. Die bayrischen Vertreter wiesen übereinstimmend auf die Notwendigkeit einer bevorzugten Behandlung der notleidenden bayrischen Gebiete hin, denen durch die Durchführung von Bahnbauten sehr geholfen werden könne.

Verschollenengesetz verabschiedet

Der Bundestag verabschiedete dann unter anderem das sehr wichtige Gesetz zur Aenderung des Verschollenenrechtes, der alle Parteien zustimmten. Das Gesetz ergänzt die Bestimmungen des Gesetzes über die Verschollenheit, die Todeserklärung und die Feststellung der Todeszeit vom 4. Juli 1939 entsprechend den heutigen Verhältnissen.

Bayernpartei für Bayernflagge

Künftig wird die deutsche Bundesflagge wieder offiziell auf den Weltmeeren gezeigt, nachdem der Bundestag am Dienstag das Gesetz über das Flaggenrecht der Seeschiffe und der Binnenschiffe verabschiedet hat.

Nach dem Gesetz haben alle Handelsschiffe, deren Eigentümer Deutsche sind und ihren Wohnsitz im Geltungsbereich des Grundgesetzes haben, die Bundesflagge zu führen. Flaggen deutscher Länder oder andere deutsche Heimatflaggen dürfen nur neben der Bundesflagge gesetzt werden. Gegen diese Regelung hatte sich nur die Bayernpartei ausgesprochen, die verlangte, daß Schiffe auf bayrischen Seen und Flüssen ausschließlich die bayrische Landesflagge führen sollten.

Bundesrepublik erhält Sonderkredit

dpa. Paris, 14. November

Der OEEC-Rat hat am Dienstagabend in Paris dem Vorschlag der eueropäischen Zahlungsunion zugestimmt, der Bundesrepublik einen Sonderkredit in Höhe von 120 Millionen Dollar zur Behebung der augenblicklichen Schwierigkeiten in seiner Zahlungsbilanz zu gewähren, wenn es entsprechende Maßnahmen zu ihrer Verbesserung ergreift. Die Bundesregierung wurde von der OEEC aufgefordert, bis zum 27. November ein ins einzelne gehende Programm einzureichen, in dem bereits die getroffenen und noch vorgesehenen Maßnahmen enthalten sind.

Kohlenlage optimistisch gesehen

dpa. Düsseldorf, 14. November

Der Arbeitsminister von Nordrhein-Westfalen, Ernst, erklärte am Dienstag, daß die voraussichtliche Förderung an Steinkohle im November wieder eine Kohlenbelieferung wie in den vergangenen Monaten ermöglichen werde. Eine Verknappung der Kohle bei den Elektrizitäts- und Gaswerken besteht nach Ansicht des Ministers nur insoweit, wie diese ihren Bestand nicht angreifen wollen, da nicht zu übersehen sei, ob in den kommenden Monaten bei scharfem Winterwetter eine regelmäßige Belieferung der Versorgungsbetriebe möglich sein werde. Diese Lagerbestände müßten aber im Laufe des Winters geräumt werden, und ihre Auffüllung könne im kommenden Frühjahr und Sommer erfolgen. Keinesfalls sei zu dulden, daß ein Teil der Bevölkerung unter der mangelnden Kohlenversorgung zu leiden habe, während Großabnehmer mit gefüllten Lagern in das Frühjahr gehen.

UNO-Truppen erreichten Staudämme

Kämpfe bei arktischer Temperatur — Flugzeuge bringen Winterausrüstung an die Front

dmt. Tokio, 15. November

Nachdem am Dienstag der große Pudschon-Staudamm — im Mittelabschnitt der Front — erreicht wurde, stehen seit Mittwoch morgen amerikanische Marineinfanteristen auch am Staubecken von Choshin, und zwar an der Südspitze des Stausees, wo ohne wesentlichen Widerstand die Ortschaft Hagaruru genommen wurde.

Ostwärts davon durchschritten Vorausabteilungen der 7. Infanteriedivision den Fluß Ungi, der in der arktischen Kälte des Kampfgebietes trotz der Strömung bereits eine Eisdecke trug. Wie verlautet, stoßen diese Verbände jetzt gegen die mandschurische Grenze vor, die etwa fünfzig Kilometer weiter nördlich liegt. Während hier kaum Widerstand geleistet wurde, machte sich im Kampfabschnitt der 24. Infanteriedivision südwestlich von Unsan starker Widerstand bemerkbar. Offenbar ist die Stadt Unsan — am Mittellauf eines von Norden nach Süden strömenden Nebenflusses des Tschongtschon — zu heftigem Widerstand vorbereitet. In demselben Kampfgebiet drangen Verbände der ersten Kavalleriedivision am Mittwochvormittag in die Städte Wonni und Jongbjon ein, die zwischen Paktchon und Unsan an der nach Norden führenden Straße liegen.

Wegen der großen Kälte im ganzen Kampfgebiet ist es notwendig geworden, die im Nordteil des Kampfgebietes operierenden Verbände beschleunigt mit Winterausrüstung zu versehen. Vielfach sind Flugzeuge eingesetzt, um vorgeschobene Abteilungen zu versorgen. Abgesehen von der Versteifung des Widerstandes im Raum von Unsan scheinen die Nordkoreaner und die ihnen zugeteilten chinesischen Verbände es zunächst darauf anzulegen, nicht in härtere Kämpfe verwickelt zu werden. Der Widerstand war fast auf der ganzen Front nur zurückhaltend und elastisch, vor allem im Abschnitt des ersten USA-Korps, wo die Kommunisten vielfach auf vorbereitete Stellungen zurückgingen, ohne — auch günstige — Widerstandslinien auszunutzen. Es verstärkt sich somit der Eindruck, daß sich die kommunistischen Truppen mehr und mehr auf den Schutz des weiteren Vorfeldes des Jalu-Gebietes beschränken und keineswegs riskieren wollen, daß das strategisch wichtige Hinterland, vor allem die Jalu-Brücke, durch eine alliierte Landungsaktion gefährdet werden. Eine solche Vermutung war bereits in den letzten Tagen laut geworden, als General McArthur die Nachrichtensperre über Teile seiner Verbände verhängte. Es scheint jedoch fraglich, ob angesichts der veränderten Witterungsbedingungen ein solches Unternehmen jetzt noch möglich ist.

Unerwartete Einigung zwischen Tibet und China

Schneller Friedensschluß — Indien erwartet Autonomie Tibets

fhr. Neu Delhi, 14. November

Die aus Kalimpong eintreffenden Nachrichten über ein vorläufiges Friedensabkommen zwischen Tibet und China haben in politischen Kreisen der indischen Hauptstadt großes Aufsehen erregt. Der Friedensschluß kam umso überraschender, als erst Tags zuvor eine Beschwerde Tibets gegen den chinesischen Angriff bei der UNO eingelaufen war. Die Hintergründe dieses Abkommens sind noch reichlich dunkel. Nach Informationen, die auf Meldungen aus Kalimpong beruhen, erkennt Tibet die chinesische Oberherrschaft über das Land an. Die Stellungen des Dalai Lama und des Pantschen Lama sollen aber unberührt bleiben. Die Außenpolitik allerdings soll von China geführt werden, so daß der künftige Status Tibets dem eines Protektorats gleichkäme.

Im indischen Parlament sprach der indische Staatspräsident die Erwartung aus, daß die Autonomie Tibets bestehen bleibe. Man werde sich jedoch damit abfinden müssen, daß in der Hauptstadt Lhasa eine chinesische Truppe als eine Art symbolische Streitmacht verbleiben werde. Die Einigung zwischen Tibet und China soll durch eine unter der Leitung des Präsidenten der Nationalversammlung Tibets stehende, dem kommunistischen China freundlich gesinnten Gruppe, zustandegekommen sein, auf deren Programm politische und soziale Reformen stehen.

Mit dem Friedensschluß dürfte nach in Neu Delhi vorherrschender Ansicht eine weitere Erörterung des chinesisch-tibetanischen Konfliktes in der UNO gegenstandslos geworden sein.

Wrack des Pilgerflugzeuges gefunden

Beileid des Papstes zur Katastrophe

dpa. Corps (Französische Alpen), 14. Nov.

Das Wrack des seit Montag überfälligen kanadischen Pilgerflugzeuges wurde am Nordhang des Obiou-Massivs gefunden. Das Wrack liegt in 2000 Meter Höhe. Nachdem die Maschine gegen eine Felswand geflogen war, stürzte sie etwa 700 Meter ab. Heftige Schneestürme behindern die Rettungsarbeiten. Es liegt etwa 30 Zentimeter Neuschnee. Ueberlebende wurden nicht gefunden.

Der Papst hat den kanadischen Behörden und den Hinterbliebenen der Verunglückten sein tiefes Beileid und die Versicherung seines Gebetes für die Verstorbenen übermitteln lassen.

Disteln und Chinesen

Keines der deutschen Gebiete jenseits der Oder und Neiße hat seit dem Uebergang in die Verwaltung der Polen sein Gesicht so sehr verändert wie Schlesien. Wo einst blühende Felder waren, ist heute Oedland. Die Distel wuchert, wo einst Korn wuchs. In der Warschauer „Trybuna ludu" klagen Bauern aus der Gegend von Sorau, daß sie des Unkrauts nicht mehr Herr werden können. Die Distelfelder hätten sich in diesem Jahre so ausgebreitet, daß keine normale Ernte erzielt werden könne. Weiter berichteten Umsiedler aus Schlesien, daß das Land nur zum Teil bestellt werden könne, weil es an Arbeitskräften fehle. Von einem Gut von 3500 Morgen seien nur 800 Morgen unter dem Pflug. Deutsche, die schon zur Umsiedlung bestimmt waren, würden mit Gewalt zurückgehalten und als Landarbeiter eingesetzt.

Disteln gibt es, aber Menschen fehlen. Die Ukrainer, die die Warschauer Regierung in Schlesien angesiedelt hat, fühlen sich dort nicht wohl und möchten wieder in ihre Heimat zurück. Dörfer sind da, in denen nur französisch gesprochen wird. Da wohnen aus Frankreich nach Polen repatriierte Land- und Bergarbeiter, die ihre Muttersprache nicht mehr beherrschen, ihre Umsiedlung nach Polen bitter bereuen und die nur dadurch im Lande zu halten sind, daß das Warschauer Regime ihnen bestimmte Vorrechte eingeräumt hat.

Tausende von Griechen leben heute in Schlesien, Kämpfer gegen die eigene Heimat, die das Kominform auf Umwegen in die unter polnischer Verwaltung stehenden Gebiete geschleust hat, wo sie eine Partisanen-Ausbildung erhalten und daneben als Arbeiter beschäftigt werden. Sie bilden eine Kominform-Reserve, die auf Abruf bereit steht, wieder in einen neuen Bürgerkrieg geworfen zu werden. Dasselbe gilt für kominformtreue Jugoslawen, die ebenfalls in der Reserve gehalten werden, um einmal gegen ihre Heimat eingesetzt zu werden.

Aus der Gegend von Hindenburg wird nun auch die Anwesenheit von Chinesen bestätigt, die dem Völkergemisch in Schlesien eine besondere Note geben. Woher diese Chinesen kommen, steht nicht fest. Es kann sich hier um sowjetrussische Staatsbürger handeln, da im Osten der Sowjetunion selbst zahlreiche Chinesen leben.

Das ist also aus dem einst blühenden schlesischen Land mit seinen tüchtigen und glücklichen Menschen geworden: eine distelübersäte Steppe, wo in den Dörfern und Städten Fremde wohnen, Chinesen, Griechen, Jugoslawen und französisch sprechende Polen. Deutlicher kann das Unvermögen der Warschauer Regierung, die annektierten Gebiete zu besiedeln und nutzbar zu machen, nicht demonstriert werden, und das soll ein endgültiger Zustand sein? . . . -r.

Weitere Stützpunkte aufgegeben

dpa. Saigon, 14. November

Ein französischer Sprecher gab am Dienstag in Saigon bekannt, daß die französischen Streitkräfte im Nordwesten Indochinas die Stützpunkte Binhlu und Phongto geräumt haben. Beide Stützpunkte liegen südlich des Roten Flusses in den von den Thai-Stämmen bewohnten Gebieten Indochinas.

Auch Schuman lehnt ab

dmt. Paris, 14. November

Aehnlich wie der englische Außenminister Bevin am Montag im Unterhaus lehnte auch der französische Außenminister Schuman am Dienstag in der Nationalversammlung die Prager Vorschläge für eine Viererkonferenz ab. Jedoch erklärte sich Schuman grundsätzlich zu Beratungen mit der Sowjetunion bereit, aber nur dann, wenn auch über andere Fragen als nur über Deutschland gesprochen werden würde. Die Prager Erklärung biete, so weit es sich um Deutschland handele, keine Verhandlungsgrundlage und sie würden die Spannungen nicht vermindern. Die Tagesordnung der Konferenz müßte umfangreicher sein und alle internationalen Streitfragen einschließen.

England gewährt Anleihe

dmt. London, 14. November

Am Dienstag unterrichtete Außenminister Bevin den jugoslawischen Botschafter Brilej von dem Beschluß der englischen Regierung, Jugoslawien zum Ankauf von Lebensmitteln und Verbrauchsgütern eine Anleihe von drei Millionen Pfund, das sind 35 Millionen DM, zu gewähren. Durch die Anleihe sollen besonders die Ernährungsschwierigkeiten in Jugoslawien, die durch die Dürre des vergangenen Sommers hervorgerufen sind, überbrückt werden. Von gut unterrichteter Seite wurde bekannt, daß keine politischen Bedingungen an die Anleihe geknüpft worden sind. Vielmehr bedeute sie eine Geste des guten Willens.

Die Seite der Heimat

Halver, den 15. November 1950

Schlagertexte

Die Geschichte der Literatur aller Völker nennt Dichter, die in der Abgeschiedenheit ihres Kämmerleins Hungers gestorben sind. Erst nach ihrer Beerdigung, die zu Lasten des Steuerzahlers ging, wurden ihre Gedichte entdeckt und in Massenauflage über den Erdball verbreitet. Diese Dichter machten sich das Dichten schwer. Sie nahmen ihre Aufgabe ernst, und deshalb brachten sie es nur zu faulen Aepfeln in der Schreibtischschublade . . .

In Wirklichkeit ist das Dichten einfach. Es ist kinderleicht, und das Erstaunliche daran ist, daß man beim Dichten reich werden kann. Man braucht bloß die Schlagertextdichter anzuschauen. Sie brausen in Super-Autos zum Schilaufen, tragen großkarierte Hemden, Ringelsocken, Speckschohlen und essen lauter feine Sachen. Und was dichten sie?

Nun, bevor sie rangehen ans Dichten, trinken sie einen Apricot. Dann rufen sie irgendein Mädchen an, verabreden sich für abends und hören, derweil Mausi plaudert, solange zu, bis ihnen etwas Brauchbares einfällt. Mit dem Einfall: „Du hast ein Pi-pa-pöchen", schreiten die Melodien trillernd zur Schreibmaschine und dichten das Weitere hinzu.

Es ist herzzerreißend einfach, einen Schlagertext zu dichten. Ich weiß nicht, warum so viele Menschen immer noch zur Fabrik und in die Büros gehen. „Komm, laß dich umarmen", könnte doch auch einem Angestellten der Ortskrankenkasse einfallen. „So oder so ist das Leben" — sind wir nicht alle schon einmal auf diesen Trichter gekommen? Natürlich ist das Leben so oder so. Wie sollte es anders sein?

Es kommt also darauf an, eine Binsenweisheit zu entdecken und sie möglichst banal in Buchstaben zu kleiden. „Mal mit Willi auf dem Mond sein", „Du bist mir viel zu geistreich", „Aber mei Hans, der kann", „Schorch'l, ach schenk mir doch ein Automobil" sind die Titel aus einem einzigen verklungenen Rundfunkkonzert, nachmittags 15,40 Uhr, zum Schmalzkaffee mit Pflaumenkuchen. E

Halver

Sitzung der Gemeindevertretung

Am Montag, dem 27. November, 16 Uhr findet im Sitzungssaal des Halverschen Amtshauses eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Die umfangreiche Tagesordnung umfaßt u. a. folgende Punkte: Wahl des Bürgermeisters und seines Stellvertreters, Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Gemeinde Halver, Einkellerungsbeihilfen, Wahl von Schöffen, Wahl eines Mitgliedes für den Siedlungsausschuß, Erlaß einer Satzung über die Müllabfuhrzwang, Ausbau des Langenscheider Weges, Neubau der katholischen Volksschule, Errichtung einer Freibank, Wasserversorgung der Gemeinde.

Fabrikdiebstähle aufgeklärt

Aus einem hiesigen Betrieb wurden in letzter Zeit immer wieder Messingteile entwendet, ohne daß man dem Täter auf die Spur kam. Glücklicherweise gelang es jetzt, den Uebeltäter festzustellen, der die Messingteile in Lüdenscheid als Schrott verkaufte, um mit dem Erlös seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Durch diese Diebstähle war der Betrieb sogar für einige Zeit stillgelegt worden. Als der Täter in Lüdenscheid festgestellt wurde, kam es zu einer herzerfrischenden Schlägerei, bei der der verhaftete Dieb für die Zeit auf die Bretter mußte.

„Das neue Versorgungsgesetz"

wird in der nächsten Mitglieder-Versammlung des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilgeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen am kommenden Samstag, dem 18. d. M., im Hotel zur Post eingehend behandelt werden. Am Donnerstagabend ist im gleichen Lokal eine Vorstandssitzung anberaumt worden. (Siehe heutige Bekanntmachung.)

Schwindlerin wurde überführt

In einem hiesigen Geschäft kaufte gestern eine Frau für etwa 10 DM Zuckerwaren ein und gab gleichzeitig den Auftrag, am nächsten Tag ebenfalls eine größere Bestellung auszuführen. Die Bezahlung beider Posten sollte dann zusammen erfolgen. In einer Metzgerei versuchte sie den gleichen Trick und gab an, die Bestellung für den nächsten Tag in ihre Wohnung zu bringen. Leider beachtete sie eine zweite Frau nicht, die früher einmal in der angegebenen Straße gewohnt hatte und die Geschäftsinhaberin darauf aufmerksam machte, daß die genannte Hausnummer dort nicht vorhanden sei. Die Geschäftsfrau verständigte sofort die Polizei, vergaß aber, die Schwindlerin festzuhalten, so daß diese jetzt von der Polizei gesucht wird. — Im benachbarten Wipperfürth wurde vor wenigen Tagen ein gleiches Betrugsmanöver durchgeführt.

Das rollende Filmband

„Das Fräulein und der Vagabund", das ist der Titel eines neuen, von Albert Benitz inszenierten Films, der am Mittwoch und Donnerstag in den Lichtspielen Karlshöhe läuft. Das in Norddeutschland berühmte Naturschutzgebiet von Wilsede in der Lüneburger Heide ist der Schauplatz dieses Streifens. Mit der fesselnden, teils heiter-burlesken, teils dramatischen Handlung wird die Geschichte eines sinnenfreudigen Draufgängers erzählt, der eine kleine Welt in Unruhe und ein Mädchenherz in Glück und Enttäuschung stürzt. — Dieser Film ist ein Volkslied, das von Sommerlust und Heideschönheit, von Mädchenküssen und berauschhaftem Menschenglück singt.

Ehre dem Alter

Am Freitag, dem 17. November, vollendet Wilhelm Rohde, Halver, Winkhof 24, seinen 76. Geburtstag. Die Heimatzeitung entbietet die besten Glückwünsche!

Die Polizei mußte schlichten

Am vergangenen Wochenende kam es in den Baracken am Heidegrund, wie wir jetzt erfahren, zu Streitigkeiten. Sie wurden schließlich mit harten Gegenständen ausgetragen, was besorgte Einwohner dazu veranlaßte, die Polizei von dieser Auseinandersetzung zu verständigen. Diese erschien auch bald und brachte die Kampfhähne zur Raison.

Tag der Hausmusik in Halver

Gestern abend fand sich im Sälchen der kath. Kirchengemeinde ein Kreis von Musikinteressenten ein, um den Tag der deutschen Hausmusik zu begehen. Einzelne Musikstudierende und Musikausübende wie auch zwei Sängerinnen hatten sich uneigennützig in den Dienst der Musik gestellt. Zu Beginn konnte Hauptlehrer Gellermann die Erschienenen begrüßen. In kurzen Worten gedachte er der Bedeutung des Tages und zeigte, einen wie wesentlichen Anteil die Musik in unserem Leben hat. Dann hörten wir eine fein zusammengestellte Programmfolge. Schon ein Adagio von Mozart, gespielt von Rolf Breuer, brachte in guter Darbietung die notwendige Einstimmung. Es folgte der Lobgesang: „An die Musik" von Schubert. Die junge Sopranistin Gerda Wirth verstand es, sich mit ihrem weichen Sopran gleich in die Herzen der Zuhörer zu singen. Gleich nach dem letzten Ton erklang schon Beethovensche Musik in neuen Variationen, technisch einwandfrei und fein empfindend gespielt von Burgi Gellermann. Die weihevolle Stimmung wurde noch vertieft durch Händels Largo aus Xerxes. Gerda Sommer gestaltete es mit ihrem kultivierten vollen Alt zu einem tiefen Erlebnis. Kriemhilde Reiß brachte mit ihrem sehr gut gespielten Impromptu von Schubert eine weitere Steigerung des Programms. Beide Sängerinnen boten dann mit ihrem Duett Barkarole v. Küchren eine sehr schöne Leistung. Es war ein Zusammensingen, wie wir es selten hören. Kriemhilde Reiß und Burgi Gellermann spielten anschließend die Sonate B-Dur von Partini, die bereits am vergangenen Sonntag im Ernst-Osthaus-Museum in Hagen reichen Anklang fand. Gerda Wirth folgte mit der Ariette des Aennchens: Kommt ein schlanker Bursch gegangen . . . aus dem Freischütz v. Weber. Hier erst konnte sie, so recht ihre sehr weit fortgeschrittene Gesangskultur unter Beweis stellen. Jetzt war es Haydn, der mit seinem Trio VI, gespielt von Pfarrvikar Taentzscher (Cello), Kriemhilde Reiß (Violine) und Burgi Gellermann (Klavier) aufklang. Jeder, der Haydn kennt, weiß, welche Anforderungen er stellt, aber auch, wie dankbar er ist. Von den 3 Spielern können wir nur sagen: sie fühlten und spielten Haydn. Noch einmal hörten wir den Alt Gerda Sommers in der Arie aus Achilleus v. Bruch. Hier stellte sie ihre Konzertreife voll unter Beweis. Es ist schwer zu entscheiden, ob ihre brillante Technik oder ihre tiefempfundene Innigkeit überragte. Den Schluß bildete der bestens bekannte Meisterpianist Hans Foitzik mit seinem Impromptu As-Dur von Schubert, der ebenfalls in meisterhafter, fein dezenter Weise die Sängerinnen begleitet hatte. Ueber Hans Foitzik noch etwas weiteres zu sagen, wäre fehl am Platze.

Reicher Beifall lohnte alle Mitwirkenden und spontan wurde der Wunsch laut, solche musikalischen Erlebnisse öfters zu bieten. n.

Noch größere Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung

Für Hausbrandverbraucher kurzfristig kleinste Mengen – Industrie muß sich noch weiter einschränken

In der Kohlenfrage scheinen sich neuerdings verschiedene Auffassungen gegenüber zu stehen. Unsere bisherigen Mitteilungen gaben im wesentlichen die mehr optimistische Einstellung des Bundeswirtschaftsministers Erhard wieder. Dagegen kommt im folgenden Bericht, der uns von der Deutschen Kohlenbergbauleitung zuging, eine u. E. weit realistischere Meinung zum Ausdruck, die der augenblicklichen Lage mehr gerecht wird.

Der Beauftragte für die inländische Kohlenversorgung teilt mit:

„Der Bedarf der Industrie an Kohlen, Koks, Gas und Strom ist in den letzten Monaten mit der steigenden Beschäftigung erheblich gewachsen. Die Steinkohlenförderung ist demgegenüber hinter den begründeten Erwartungen zurückgeblieben. Kohlen, die im Sommer 1950 für Hausbrand und Kleinverbraucher sowie Industriebetriebe zur Verfügung gestellt werden konnten, sind zu einem großen Teil nicht abgenommen worden. Um eine Vollbeschäftigung der Zechen und damit der Bergleute sicherzustellen ist damals versucht worden, die für die Devisenbeschaffung so notwendigen Exporte zu erhöhen. Das ist nur in bescheidenstem Umfange geschehen.

Der Bergbau hatte es trotz seiner schwierigen finanziellen Lage unternommen, beachtliche Mengen im Revier und an anderen Plätzen einzulagern. Diese Mengen sind in den letzten Wochen von Verbrauchern aller Gruppen angefordert und aufgenommen worden. Das Ausland, welches auf Gund des Ruhrstatutes Ansprüche an die Lieferfähigkeit des deutschen Bergbaus zugesprochen erhalten hat, hat diese Ansprüche in vollem Umfange geltend gemacht. Heute reichen die verbleibenden Mengen aus frischer Förderung nicht aus, um den Bedarf der Industrie sowie der Hausbrand- und Kleinverbraucher zu decken. Eine Aenderung kann nur erwartet werden, wenn die inzwischen eingeleiteten Maßnahmen zur Förderungssteigerung wirksam werden. Bergbau und Bergarbeiter haben sich bereit erklärt, durch zusätzliche Anstrengungen die Kohlennot im Interesse der Weiterbeschäftigung und der allgemeinen Versorgung des Inlandbedarfs zu lindern. Im übrigen ist zu hoffen, daß die Ruhrbehörde für die schwierige Kohlenlage des Bundesgebietes ein entsprechendes Verständnis hinsichtlich der Exportansprüche aufbringen wird.

Bis die Ergebnisse einer Fördersteigerung, die aus der Bereitwilligkeit des Bergbaus und der Bergarbeiterschaft, zusätzliche Schichtarbeit zu leisten, erhofft werden, tatsächlich den einzelnen Verbrauchern zufließen, wird zwangsläufig noch einige Zeit vergehen. In dieser Zeit, die hoffentlich nur ein Uebergang sein wird, werden sich die Schwierigkeiten, die sich bisher abzeichnen, in vielen Fällen noch verschärfen.

Die gegenwärtige Lage hat den Bundeswirtschaftsminister veranlaßt, Richtlinien für die Versorgung der Industrie und des Hausbrandes festzulegen. Vor allem sollen die für Hausbrand- und Kleinverbraucher vorgesehenen Richtmengen abgeliefert werden. Zunächst ist eine solche Richtmenge für den Monat November gegeben. Eine Nachlieferung der in den vergangenen Sommermonaten nicht abgenommenen ratierlichen Mengen wird nicht erfolgen können. Infolgedessen kann die ursprünglich für den einzelnen Haushalt vorgesehene Menge nur in einem begrenzten Umfang geliefert werden. Das bedeutet, daß der Hausbrandverbraucher sich darauf einstellen muß, daß er für Koch- und Heizzwecke jeweils kurzfristig nur kleinste Mengen im Rahmen der dem Kohleneinzelhandel gelieferten Brennstoffe erhalten kann. Der Kohleneinzelhandel wird sich bemühen, diese Mengen so gerecht wie möglich aufzuteilen. Krankenanstalten, Schulen und lebenswichtige Gewerbetriebe, insbesondere die Ernährungswirtschaft (wie Bäckereien, Fleischereien, Molkereien, Gartenbaubetriebe) müssen vordringlich beliefert werden.

Die industriellen Betriebe werden mit zum Teil beträchtlichen Einschränkungen ihrer Brennstoffversorgung rechnen müssen, wobei auf die Erhaltung der Arbeitsplätze der werktätigen Bevölkerung aus sozialen Gründen so weit wie möglich Bedacht genommen werden soll. Jeder muß begreifen, daß alle Verbraucher mitwirken müssen, durch sparsamste Verwendung der zur Verfügung stehenden Brennstoffe zur Milderung der Notstände auch ihrerseits bereits beizutragen."

Bürgermeister Haß wurde wiedergewählt

Jedem Gefangenen ein Heimatpaket!

Die mit der Gefangenenbetreuung befaßten Organisationen der freien Wohlfahrtspflege im Bundesgebiet rufen zu einer gemeinsamen Geschenkpaketaktion für deutsche Gefangene auch zum diesjährigen Weihnachtsfest auf. Alle deutschen Männer und Frauen, die auch dieses Weihnachtsfest getrennt von ihren Angehörigen verleben müssen, sollen ein Geschenk der Heimat erhalten.

Zur Hilfe aufgerufen ist die ganze deutsche Bevölkerung.

Allgemeiner Sammeltermin: 10. bis 25. 11. 1950.

Gesammelt werden: Angehörigenpakete im Gewicht bis zu 5 kg für die nachstehenden Gewahrsamsländer: Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Schweiz, Italien, Griechenland, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Albanien, Polen.

Die Pakete können bei den Wohlfahrtsorganisationen abgegeben oder an diese mit der Post geschickt werden. Als Empfänger muß einer der Wohlfahrtsverbände in der Kreisstadt des Absenders angegeben sein. Paketkarten sind nicht erforderlich. Die Sendung muß mit dem Vermerk „Kriegsgefangenenpost — gebührenfrei" versehen sein. Die Pakete müssen so verpackt sein, daß nach Entfernung der äußeren Umhüllung ein versandfertiges Paket in festem Karton vorliegt. Von bestimmten Sammelpunkten aus werden die Pakete geschlossen in das Gewahrsamsland geleitet.

Die Pakete dürfen nicht enthalten:

a) Zahlungsmittel und Juwelen,
b) Zivilkleidung, außer Pullovern und Wäsche,
c) Sanitätsarmbinden,
d) Waffen oder waffenähnliche Instrumente (feststehende Messer, Scheren, Rasierklingen usw.),
e) Kopiermaschinen, Kohle- und Pauspapier,
f) Instrumente zur Flucht und Sabotage,
g) Kompasse, Tornister, Fotoapparate, Feldstecher, Vergrößerungsgläser, elektr. Lampen Feuerzeuge, Zünder,
h) Alkohol, geistige Getränke,
i) Telefon- und Radioapparate sowie deren Ersatzteile,
k) Medikamente, Vaselinsalbe, Ammoniak, chem. Produkte, Säuren,
l) Mitteilungen oder Drucksachen, Bücher und Landkarten.

Zum Verpacken darf kein Zeitungspapier verwandt werden.

Liebesgaben und Geldspenden aus der Bevölkerung

Um alle Gefangenen bedenken zu können, vor allem auch diejenigen ohne Angehörige und solche, deren Angehörige selbst in Not sind, wird die Oeffentlichkeit aufgerufen, auch in diesem Jahr die geplante Weihnachtsaktion wieder durch Geldspenden auf die Konten des Nordwestdeutschen Rundfunks, Hamburg, Konto-Nr. 40 000 und des Süddeutschen Rundfunks, Konto-Nr. 18 190 mit dem Stichwort „Heimatpaket" zu unterstützen.

Liebesgabenpakete können bei den Wohlfahrtsverbänden abgegeben werden.

Für die Zurückgehaltenen in Rußland soll in diesem Jahr ebenfalls eine Betreuung versucht werden. Nach den Erfahrungen der letztjährigen Paketaktion sollen jedoch in diesem Jahr nur Standartpakete mit wertvollen Konserven im Werte von DM 10,— durch die Vermittlung des IKRK. übersandt werden. Familien die mit Bestimmtheit den Lagerort ihres Angehörigen in Rußland kennen, können diesem ein solches Standard-Paket zuleiten lassen, wenn sie den Betrag von DM 10,— und zwei Paketaufklebeadressen bei einer Wohlfahrtsorganisation abgeben. Auch Angehörige, die aus finanziellen Gründen dazu nicht in der Lage sind, werden gebeten, die Gefangenenanschrift auf Paketadresse einer Wohlfahrtsorganisation zu übergeben.

Die Wohlfahrtsverbände richten die herzliche Bitte an alle mitzuhelfen, den Zurückgehaltenen in den Gefangenenlagern zu beweisen, daß die Heimat sie nicht vergessen hat.

DRK-Annahmestellen für die Weihnachtspaketaktion:

Oberbrügge-Grund: Frl. Irma Tatsch, Schalksmühle: Willi Preuß, Worthstraße, Halver: Frl. Inge Kauert, Kierspe-Bhf.: Willi Schmitz, Am Nocken, Meinerzhagen: Frau Anneliese Trello, Kirchplatz.

Deckinghausen / Carthausen

Schwerer Verkehrsunfall in der Hälver

In den frühen Morgenstunden des gestrigen Dienstag ereignete sich auf der Hälverstraße in Schalksmühle ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Motorradfahrer und einem Radfahrer. Der Fahrer des ersten Autobusses wollte sich mit seinem Krad zum Fahrtantritt begeben und befuhr die Hälverstraße in Richtung Halver. Vor ihm fuhr ein Radler, der, als der Fahrer H. fast auf seiner Höhe abgebogen war, plötzlich nach links abbog. H. konnte sein Krad nicht mehr rechtzeitig zum Stehen bringen und prallte in voller Fahrt mit dem Radfahrer zusammen. Durch den Sturz wurden beide Beteiligten so schwer verletzt, daß ihre Ueberführung in das Lüdenscheider Krankenhaus angeordnet werden mußte. Bezeichnend für die Wucht des Aufschlages ist die Tatsache, daß dem Fahrer Werner H. der Kuppelungshebel seines Motorrades durch den Schuh und den Fuß gedrungen war. Die Fahrzeuge wurden nur leicht beschädigt.

Schweinerne Prognosen

Preisregulierung durch den Verbraucher

Die Schweinefleischpreise sind nicht nur nach unserer, sondern auch nach Ansicht der Referenten des Bundesernährungsministeriums immer noch zu hoch. Anfragen aus Kreisen der Verbraucher, ob nicht von seiten der Regierung auf die Schweinepreise gedrückt werden könne, hat Ernährungsminister Niklas mit dem Vorschlag beantwortet die Hausfrauen könnten durch den Einkauf von Hammelfleisch und Rindfleisch anstelle des teuren Schweinernen selbst regulierend eingreifen, und zwar viel drastischer, als dies über den langen Instanzenweg von der Regierung bis zum Metzgermeister möglich wäre.

Darüber hinaus wird die Regierung noch das ihrige tun, um die Schweinepreise dem normalen Stand näher zu bringen, und zwar werden im Lauf der nächsten Wochen umfangreiche Importe an Schweinefleisch auf den Inlandsmarkt kommen. Damit würde die Spekulation der Schweinemäster, wonach im Lauf der Wintermonate bis zum Februar 1951 das Marktangebot an Schweinen aus der deutschen Aufzucht gering bleiben wird, ausgewogen werden.

Schon im nächsten Frühjahr und Sommer wird das Angebot deutscher Schweine so stark sein, daß es um 25 bis 30 Prozent über dem gegenwärtigen Marktangebot liegt. Zwangsläufig müssen dann die Preise fallen. Angesichts dieser Lage auf dem Schweinefleischmarkt würde es die Bundesregierung begrüßen, wenn die Schweineerzeuger gerade jetzt in den Wintermonaten bis Februar ihre Schweine mästen und ausliefern würden. Dadurch würden die Preise sich einpendeln und allzu starke Schwankungen vermieden; auch wären dann bessere Sommerpreise gesichert.

Zusammenfassend stellt man im Bundesernährungsministerium fest, daß die hohen Preise ungerechtfertigt sind, daß keine Verknappung des Schweinefleisches eintreten wird, und daß die Verbraucher durch den Einkauf anderer Fleischsorten selbst regulierend auf die Preise einwirken sollten.

Preisregulierende Rindfleischkonserven

Von 23 Millionen Dosen Rindfleisch, die die Bundesregierung im Ausland eingekauft hat, sind bereits die ersten Sendungen eingetroffen. Deshalb erließ der Bundeswirtschaftsminister eine Anordnung, wonach die Preise für kleine Dosen zu 567 Gramm 0,95 DM und für große Dosen 794 Gramm DM 1.30 betragen sollen. Die Dosen müssen dementsprechend etikettiert sein. Setzt man, wie dies in Fachkreisen geschieht, den Konservenfleischkonsum mit einem Fünftel des normalen Fleischverbrauchs an, so dürften diese Rindfleischimporte ausreichen, um in den kommenden Wintermonaten in den Metzgerläden preisregulierend zu wirken. Im Ernährungsministerium wird betont, daß Verhandlungen über weitere Fleischimporte laufen und jegliche Preissteigerung auf dem Fleischmarkt ungerechtfertigt sei. Der Verteilungsplan für die Rindfleischkonserven sehe eine Streuung über das ganze Bundesgebiet vor, damit der Handel sich keinesfalls darauf berufen könne, daß die Bestände zur Belieferung nicht ausgereicht hätten. br. (bodi)

Schalksmühle

Jetzt reicht's

Wir berichteten bereits in einer früheren Ausgabe davon, daß unverschämte Zeitgenossen ihre überschüssigen Kräfte an den Warnschildern der Baustelle unterhalb der Fabrik Kuhbier & Sohn ausgelassen hatten. Damals verstellten

Schäffer soll prüfen

Höchste Steuerfreiheit für Weihnachtsgratifikationen

dl. Bonn, 14. November

Bundesfinanzminister Schäffer ist vom Bundeskabinett beauftragt worden, beim Bundesrat wegen einer Heraufsetzung der Steuerfreiheit für Weihnachtsgratifikationen von rund 100 auf 600 DM vorstellig zu werden. Wie erinnerlich, war im vergangenen Jahr die Steuerbefreiung von Weihnachtsgratifikationen über 100 DM am Widerspruch der Länder gescheitert. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Länder in diesem Jahr einen anderen Standpunkt einnehmen.

London für niedrige Besatzungskosten

dpa. London, 14. November

Ein Sprecher des britischen Außenministeriums erklärte am Dienstag, daß zuständige britische Stellen gegenwärtig in London die Frage der deutschen Besatzungskosten erörterten. Dabei wurde die Möglichkeit eines deutschen Beitrages für die westliche Verteidigung in Rechnung gestellt. Der Sprecher erklärte, daß die Verhandlungen zwischen Vertretern des Außenministeriums, des Verteidigungsministeriums und des Handelsministeriums geführt werden. Man wolle festlegen, inwieweit die Ausgaben für zusätzliche in Deutschland stationierte Besatzungstruppen von der Bundesregierung bestritten werden sollen. Eines der Ziele der Besprechungen, die sich auf das im kommenden April beginnende Haushaltsjahr beziehen, sei es, die Besatzungskosten zu verringern. Der Sprecher fügte hinzu, er könne nicht sagen, ob ähnliche Verhandlungen auch in Paris und Washington stattfinden. Dies sei aber nach seiner Ansicht wahrscheinlich.

Zwei Hauptlager für Flüchtlinge

Nur noch Uelzen und Gießen

dl. Bonn, 14. November

Durch eine Verordnung der Bundesregierung sind die bisher unklaren Verhältnisse über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet sowie die Lagerkompetenzen endgültig geregelt worden. Danach gibt es künftig nur noch zwei Hauptlager für Flüchtlinge, nämlich Uelzen und Gießen, mit den Nebenlagernn Poggenhagen, Loccum und Kirchrode.

Vortrag über Frankreich verhindert

hi. Göttingen, 14. November

Der bekannte französische Literaturhistoriker, Professor Dr. Maurice Bardèche aus Paris, mußte seinen geplanten Vortrag über „Deutschland und Frankreich im heutigen Europa" kurzfristig absagen, da ein Vertreter des Public Safety im Auftrage des britischen Landeskommissars für Niedersachsen mitteilte, daß der Vortrag zu unterbleiben habe. Auf Anweisung des britischen und französischen Hohen Kommissars habe sich Professor Bardèche sofort beim britischen Landeskommissar in Hannover zu melden. Andernfalls müsse er mit seiner Verhaftung rechnen. Aus gut informierten Kreisen verlautet, daß politische deutsche Kreise an dem Vorgehen gegen Professor Bardèche nicht ganz unbeteiligt sind.

Donhauser sollte abgeschossen werden

dmt. Bonn, 14. November

Der Bonner „Spiegel-Ausschuß" vernahm am Dienstag den früheren Sekretär Baumann des kürzlich tödlich verunglückten Generalsekretärs der Bayernpartei, Dr. Falckner, der sich auf einen „moralischen Auftrag" der Parteileitung berief, auf deren Veranlassung er die „Gedächtnisprotokolle" Baumgartners über Geldzuwendungen an Bundestagsabgeordnete an die Presse gegeben habe. Das Motiv für die Haltung der Parteileitung sei der Wunsch gewesen, Donhauser „abzuschießen". Baumann bezeichnete sich als Opfer der Affäre, nachdem er von der Parteileitung die Kündigung erhielt, und drückte sich in seiner blumenreichen Sprache wie folgt aus: „Man hat mich den erregten Parteimitgliedern zum Fraß hingeworfen."

Graf Luckner in New York. Felix Graf Luckner traf mit dem amerikanischen Passagierdampfer „Washington" in New York ein. Er kommt zu seiner dritten Reise seit Kriegsende nach den USA, um mehrere Monate lang in Vorträgen für die Verständigung mit Deutschland zu werben. Bei seiner Ankunft in New York erklärte Graf Luckner, er wolle in seinen Vorträgen den Amerikanern dafür danken, was sie für Deutschland getan haben. Im kommenden März oder April will Luckner in einem Zwei-Mast-Schoner nach Chile, Brasilien und dann über den Südatlantik nach Südafrika reisen.

Kochrezepte werden telefonisch durchgesagt

Hamburg in der Statistik — erfreulich und unerfreulich

Hamburg. Seit Kriegsende ist die Bevölkerung Hamburgs jährlich um die Einwohnerzahl einer Stadt mittlerer Größe, nämlich um 50 000, gestiegen und wenn es in dem Tempo weitergeht, werden im übernächsten Jahr wieder über 1.7 Millionen Menschen in Hamburg wohnen. Dagegen senkt sich der Ueberschuß an Frauen zu deren Freude allmählich wieder auf den Friedensstand von 111 zu 100.

Jeder zehnte Hamburger hat einen Telefonanschluß, womit Hamburg vor Bremen an der Spitze aller Städte der Bundesrepublik liegt, und nirgends wird auch in Westdeutschland eine Jahresdurchschnittszahl von 2100 Gesprächen pro Telefonapparat erreicht. Nächst Hamburg telefoniert man in Düsseldorf am meisten. Letzter Clou des Fernsprechkundendienstes ist die Durchsage von Kochrezepten und täglichen Menue-Vorschlägen, um die Hausfrau von der ständigen Sorge: „Was soll ich heute bloß kochen?" zu befreien.

Höchst unerfreulich ist die Tatsache, daß in diesem Jahr bereits 49 000 Verbrechen in Hamburg begangen wurden, davon 21 Morde und Mordversuche, fast 100 Raube und 20 000 einfache Diebstähle. 66 Prozent aller Verbrechen konnten aufgeklärt werden und die Hamburger Kriminalpolizei glaubt jeden Vergleich mit Scotland Yard aushalten zu können.

Unter den ungeklärten Mordfällen der Nachkriegszeit blieben das größte Rätsel die sogenannten Trümmermorde aus dem Jahre 1947. Viermal wurden damals die nackten Leichen Ermordeter, meist Frauen, in den Hamburger Trümmerfeldern aufgefunden. Ihre Herkunft ist in Dunkel gehüllt. Bis heute meldete sich kein Angehöriger und die Polizei nimmt an, daß die Leichen bei Nacht und Nebel von außerhalb in die Stadt gebracht wurden. Auch von dem Trümmermörder fehlt jede Spur.

Schecks gegen Bettlerunwesen

Rheydt. Die Städte Rheydt, München-Gladbach und Viersen planen die Einführung von „Bettlerschecks" im Werte von 0.05 DM. Diese sollen von Geschäftsleuten und Hausfrauen bei den städtischen Sozialämtern gekauft und anstelle von Geld den Bettlern gegeben werden. Die Bettler erhalten dann vom Sozialamt gegen Rückgabe der Gutscheine nach Prüfung der Bedürftigkeit Unterstützung.

Alfons Müller, Wipperfürth, freigesprochen

Gummersbach. Die Kleiderfabrik Alfons Müller, Wipperfürth, die bereits mehrfach im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stand, stellte im Herbst 1949 für Käufe in der Zeit vom 15. November bis zum Ende des Jahres einen Rabatt von 10. v. H. in Aussicht. Das Amtsgericht Gummersbach hat nunmehr Alfons Müller von der Anklage wegen Uebertretung des Rabattgesetzes freigesprochen. Nach der Urteilsbegründung hat Müller zwar gegen das Rabattgesetz verstoßen, doch müsse ihm der Glaube zugute gehalten werden, daß das Rabattgesetz nicht mehr in Kraft gewesen sei. Er habe dieser Auffassung umso mehr sein können, als ihm sein Rechtsbeistand eine solche Auskunft gegeben habe. Der Staatsanwalt hatte eine Geldstrafe von 1000 DM, ersatzweise 10 Monate Gefängnis, beantragt.

Das Lok-Personal merkte nichts

Kempen. Bei der Ueberprüfung einer nicht brennenden Lampe an der Lokomotive eines Personenzuges Kaldenkirchen - Kempen stellte das Zugpersonal fest, daß ein Unfall vorgekommen sein mußte. Die Nachprüfung ergab, daß an einer unbewachten und unbeleuchteten Kreuzung ein 19jähriges Mädchen überfahren worden war, das mit gräßlichen Verstümmelungen tot liegen blieb. Der Unfall war vom Lok-Personal nicht bemerkt worden.

Für eine Begnadigung Raeders

dl. Bonn, 14. November

Einen Schritt zur Begnadigung des in Nürnberg zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten ehemaligen Großadmirals Raeder hat der Bund der Versorgungsberechtigten ehemaliger Wehrmachtsangehöriger unternommen, dessen erster Vorsitzender, Admiral a. D. Hansen, sich in einem persönlichen Schreiben an die alliierten Hohen Kommissare gewandt hat. In dem Schreiben wird unter anderem gesagt, daß das Urteil unhaltbar sei. Es sei an der Zeit, das Unrecht zu beseitigen, das manchem deutschen Soldaten von den Alliierten zugefügt worden sei und noch werde. Das Urteil gegen Raeder war im wesentlichen mit seiner Rolle bei dem Norwegen-Unternehmen begründet worden.

400 Millionen Außenhandelsdefizit

dl. Bonn, 14. November

Als ein erfreuliches Zeichen der augenblicklichen industriellen Konjunktur gilt die Steigerung der deutschen Ausfuhr im Oktober. Betrug die Ausfuhr im September noch 699 Millionen DM, so stieg sie im Oktober auf 920 Millionen DM oder fast um ein Drittel. Freilich hat auch die Einfuhr erheblich zugenommen, und zwar von 1008 Millionen DM im September auf 1308 Millionen DM im Oktober. Es ergibt sich also trotz der erheblichen Ausfuhrsteigerung noch immer ein Außenhandelsdefizit von fast 400 Millionen DM. Die erhebliche Zunahme der Einfuhr ist zum Teil auf Vorratskäufe zurückzuführen, für die besondere Mittel bereitgestellt wurden.

Bundestag soll entscheiden

dl. Bonn, 4. November

Eine Stellungnahme des Bundesrates zum Vorschlag der Bundesregierung, einen horizontalen Finanzausgleich herbeizuführen, wurde vom Bundeskabinett als „unklar" bezeichnet, wie ein Regierungssprecher mitteilte. Die Bundesregierung hält trotz der ablehnenden Haltung des Bundesrates an der Absicht fest, durch den angestrebten Finanzausgleich einer „endgültigen Regelung" des finanziellen Verhältnisses zwischen Bund und Ländern und der Länder unter sich nicht vorzugreifen, andererseits jedoch eine Grundlage für eine stabilere Finanzgebarung der Länder vorzubereiten. Die Regierung wird nun ihren Gesetzentwurf an den Bundestag leiten und dabei auf die Bedenken der Ländervertretung hinweisen.

Krach zwischen Ulbricht und Zaißer? Zu schweren Meinungsverschiedenheiten über die Sicherheit in der volkseigenen Schwerindustrie kam es in der vergangenen Woche — nach dem „Telegraf" — zwischen Ulbricht und dem Staatssicherheitsminister Zaißer. Daraufhin sollen jetzt Beauftragte des SSD auf die Industriewerke verteilt worden sein, um alle leitenden, technischen und kaufmännischen Angestellten ständig zu überprüfen.

„Defaitismus kein N.S.-Begriff"

Er hatte menschliche Verantwortung, aber keine Schuld — meinte das Gericht

Düsseldorf. Vor dem Schwurgericht in Düsseldorf wurde der Bauhilfsarbeiter, frühere Gestapoangestellte und SS-Mann Heinrich Krichel freigesprochen. Ihm war vorgeworfen worden, er habe 1943 einen Angehörigen der Luftschutzpolizei wegen defaitistischer Aeußerungen angezeigt, worauf dieser zum Tode verurteilt und erschossen wurde. Krichel und sein Verteidiger betonten, er habe als Gestapo-Angehöriger nicht anders handeln können, da der Angeklagte seine Aeußerungen in aller Oeffentlichkeit in einem Lokal gemacht hatte. Ein ehemaliger Polizeirat bestätigte als Zeuge, es habe damals eine Dienstanweisung bestanden, nach der solche Aeußerungen angezeigt werden mußten.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von eineinhalb Jahren. In der Freispruchbegründung führte der Gerichtsvorsitzende aus, die besonders strengen Kriegsvorschriften hätten in jeder Kulturnation, die im Kriege stand, Geltung gehabt. Der zum Tode Verurteilte sei damals wegen defaitistischer Aeußerungen verurteilt worden. Das Schwurgericht sei jetzt nicht in der Lage, jenes harte Urteil aus der Welt zu schaffen. Der Mann sei der Zeit zum Opfer gefallen. Defaitismus sei aber — der Vorsitzende wies dabei auf den französischen Ursprung des Wortes hin — kein nationalsozialistischer Rechtsbegriff gewesen. Dem Angeklagten könne das Gericht nicht die menschliche Verantwortung abnehmen, aber eine Schuld im Sinne des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 sei nicht festzustellen.

Er hatte einen „Universalberuf"

Bielefeld. Vor der Bielefelder Strafkammer begann ein Hochstaplerprozeß gegen den 24 Jahre alten früheren Verwaltungsangestellten Ernst Lübbing aus Ennigloh (Kreis Herford), der in Herford, Bielefeld, Osnabrück, Düsseldorf und anderen Orten zahlreiche Schwindeleien verübte. Er gab sich u. a. als Musikstudent, als Student der Rechte und als Schauspieler aus, kaufte alle möglichen Dinge auf Abzahlung und machte sie gleich darauf zu Geld. In zahlreichen anderen Fällen lieh er sich von Fabrikanten und Geistlichen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Geldbeträge, die er nie zurückzahlte. Der Angeklagte behauptete, er sei 1946 aus politischen Gründen vom Amt Enniglo h entlassen worden und hätte dann die Absicht gehabt, sich privat auf das Abitur vorzubereiten. Das Geld für das Studium wollte er sich durch Schwarzhandel mit Bünder Zigarren beschaffen. Er will dann aber von anderen Schwarzhändlern betrogen worden sein und bei der Währungsreform zwanzigtausend Reichsmark Schulden gehabt haben. Die Schwarzhändler hätten sich auf eine Abwertung des Betrages nicht eingelassen und gedroht, seinen Vater zu benachrichtigen. Unter diesem Druck sei er zu den Betrügereien gekommen. Der Prozeß wird voraussichtlich eine Woche dauern.

Wildwest in Nürnbergs Straßen

Jagd auf den grünen Volkswagen — Polizist 30 Meter mitgeschleift

Nürnberg. Abenteuerlicher könnte kein Film sein als die tollkühne Jagd nach Verbrechern, die sich in den Straßen Nürnbergs in diesen Tagen abspielte. Zwei Nächte vorher waren in Fürth Fotoapparate gestohlen worden und in Nürnberg für 2000 D-Mark Schmuck und Silberwaren und für 30 000 DM Pelze. Dabei war ein grüner Volkswagen aufgefallen, der mit wahnsinnigem Tempo davonfuhr. Es gelang, die Nummer des Wagens festzustellen.

Am nächsten Tage wurde der Wagen von einem Polizisten angehalten. Er konnte sich überzeugen, daß Pelze im Wagen waren. Während er durch das Fenster griff, um den Ausweis in Empfang zu nehmen, schlug der Fahrer den Polizisten auf die Hände. Ein Kumpan schrie: „Mensch, hau ab!" Und der Fahrer fuhr los. Der Komplice konnte verhaftet werden, während der Polizist dreißig Meter weit geschleift wurde. Der Festgenommene gab an, Winter zu heißen und den Fahrer nicht zu kennen. Die Kriminalpolizei hielt ihm jedoch seinen Steckbrief unter die Nase: ein lang gesuchter Einbrecher.

Inzwischen war der Wagen in der Nähe eines Wohnwagens gesehen worden, der auf einem Ruinengrundstück untergestellt war und eine elegante junge Artistin und ihr Kind beherbergte. Am Tage nachher war eine Polizeistreife hinter dem Volkswagen her. Als der Fahrer merkte, daß die Polizei ihn verfolgte, fuhr er in höllischem Tempo durch die Straßen, wobei er zwei Radfahrer umwarf. Arbeiter schoben rasch einen Leiterwagen auf die Fahrbahn, aber das Auto wich auf dem Gehsteig aus. Ein Schuß aus einem Trommelrevolver traf nur den Kotflügel. Trotzdem gelang es der Polizei, auf gleiche Höhe mit dem Auto zu kommen. Bei dem Versuch, den Wagen nach rechts zu drängen, fiel jedoch das Motorrad der Polizei mit dem Beiwagen um. Erneut konnten die Verbrecher fliehen.

Jetzt wurden alle Verkehrsstraßen im Umkreis von 60 Kilometern abgesperrt. Aber die Suche war ergebnislos. Endlich fand man den Wagen fahrerlos am Prinzregentenufer. In seinem Inneren war noch reichlich Diebesgut. Die Polizei fahndete nun wieder im Wohnwagen und traf dort einen Mann, der sofort als der Fahrer des Wagens erkannt wurde. Er leugnete alles ab, nannte sich Dr. Hille und sagte, die Artistin sei seine Geliebte. Diese stritt das ab und bezeichnete sich als Geliebte des inzwischen verhafteten Einbrechers. Damit schien der Zusammenhang festgestellt. Dr. Hille wurde untersucht. Dabei fand man einen Haftantrittsbefehl in seiner Tasche. Er sollte eine 20monatige Strafe antreten. Aus anderen Papieren ging hervor, daß er sich in Frankfurt als Versicherungsdirektor ausgegeben hatte und sich auch schon einmal wegen falscher Führung des Doktortitels zu verantworten hatte.

Nur Arbeit war dein Leben,
nie dachtest du an dich,
stets für die Deinen streben,
war deine höchste Pflicht.

Nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden ging heute mein herzensguter Mann, unser treusorgender Vater und Schwiegervater, unser lieber Opa, Bruder, Schwager und Onkel

Rudolf Winkler

im Alter von 56½ Jahren für immer von uns.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Anna Winkler, verw. Wehner, geb. Clever
Fritz Wehner u. Frau Aenne geb. Herhaus
Helmut Wehner u. Frau Emmi geb. Fernholz
und 5 Enkelkinder

Halver i. W., den 14. November 1950.
Lohstraße 5

Die Beerdigung findet am Samstag, den 18. Nov. 1950 um 15.30 Uhr, vom Trauerhause aus, statt.
Trauerfeier eine halbe Stunde vorher.

Das praktische
Weihnachtsgeschenk
für den Herrn
„Adler" Kleinschreibmaschine
DM 325.-
Bürobedarf
Wilh. Bell jr., Halver

Ohne Werbung kein Geschäft!

Lichtspiele Karlshöhe
Mittwoch 20 Uhr
Donnerstag 20 Uhr
Das Fräulein und der Vagabund
Ein Film der Jungen Film-Union Rolf Meyer
mit Eva-Ingeborg Scholz, Jaester Naefe, John Pauls-Harding, Ditmar Schönherr.
Ein Liebesidyll aus einer einsamen romantischen Schönheit der Lüneburger Heide.
Wochenschau u. Beiprogramm

„Ilse"-Sportwolle	100 gr	DM	3.—
„Ilse"-Strumpfwolle	100 gr	DM	2.75
Bettuchbiber	150 cm breit á Mtr.	DM	4.75
Kinder-Lodenmäntel	ab	DM	37.—
Herren-Lodenmäntel	ab	DM	89.—
Winterloden-Joppen, Taschen m. Leder eingefaßt v.		DM	72.—
Herren-Sport-Ulster	von	DM	89.80

Straßen- u. Arbeitshosen von DM 10.90 in allen Größen
Handarbeiten u. Handarbeitsgarne
empfiehlt **Hugo Nieding, Halver,** von Vincke-Straße 56

Reichsbund der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen · Ortsbund Halver
Mitglieder-Versammlung
am Samstag, d. 18. Nov., 15 Uhr, im Hotel zur Post
Das neue Versorgungsgesetz
Sämtliche Einkassierer haben zu erscheinen
am Donnerstag, dem 16. Nov. abends 8 Uhr im „Hotel zur Post" Vorstandssitzung
Der Vorstand

Rheuma, Ischias, Neuralgien
dann ..... Romigal!
Romigal-Tabletten sind ein hochwertiges, seit vielen Jahren bei Rheuma, Ischias, Gicht, Neuralgien, heftigen Muskel- u. Gelenkschmerzen bewährtes Spezialmittel. 1200 schriftl. Ärzteanerkennungen u. a. von Fachärzten, Professoren, Klinikärzten. Harnsäurelösend, unschädlich! Leiden Sie nicht länger, nehmen auch Sie Romigal. Romigal wirkt rasch. 20 Tabletten M 1.20, Großpackung 3.10 in Apotheken

Sonderangebot!
Verkaufe ab heute 15. November 1950 eine Anzahl aussortierter
Erzählungs-Büder-Romane
usw. zu herabgesetzten Preisen.
BUCHHANDLUNG
WILH. BELL JR., HALVER